

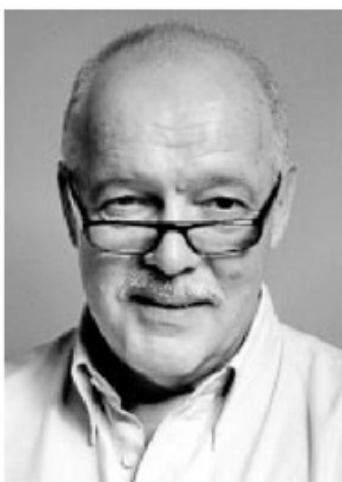
Drogenpolitik ist Gesundheitspolitik

Noch vor zwanzig Jahren wurde ich in meiner chirurgischen Praxis in der Frankfurter Innenstadt regelmäßig, fast täglich aufgesucht von düsteren, ausgemergelten Gestalten, die im Stehen zu schlafen schienen, die meisten von ihnen HIV-positiv. Sie hatten Spritzenabszesse, Wundinfektionen und andere Verletzungen in übelstem Zustand, wie man sie sonst nur in Lehrbüchern der Kriegschirurgie findet.

Sie ließen sich ohne Betäubung und fast ohne Schmerzreaktion operieren. Schlagartig ein Ende hatte dieser Horror, als der schwarz-grüne Magistrat der Stadt Frankfurt ein Programm beschloss, das seiner Zeit weit voraus war: Druckräume wurden eingerichtet. Junkies erhielten dort sterile Spritzen, die Kanülen mussten nicht länger mehrfach und von mehreren Personen benutzt werden, was sehr zur Verbreitung von Aids beigetragen hatte. Das war ein großer, erster Schritt zur öffentlichen Anerkennung der Drogensucht als Krankheit.

Dem folgten die Methadonprogramme, bei denen mit Hilfe dieses Drogen-Ersatzstoffes noch mehr Ruhe in die Szene gebracht und ein Weg aus der Drogensucht und Beschaffungskriminalität ermöglicht werden sollte. Aber es war eben nur ein Ersatzstoff, und der sogenannte „Beikonsum“ von harten Drogen war gang und gäbe.

Vor sieben Jahren hatte dann der deutsche Bundestag endlich ein Einsehen und modifizierte – unter Aufhebung des Fraktionszwanges – das Betäubungsmittelgesetz. Seitdem erhalten diese unheilbar drogenabhängigen Menschen das Diamorphin, also ein synthetisches, sauberes und dosierbares Rauschgift, auf Rezept verabreicht unter strengsten Kontrollen und eingebettet in engmaschige Beobachtungsprogramme. Frankfurt und seine



BARBARA KLEMM

Dr. Hontschiks Diagnose

Dr. med. Bernd Hontschik, geboren 1952 in Graz, ist Chirurg und Publizist. Bis 1991 war er Oberarzt am Klinikum Frankfurt-Höchst, bis 2015 in seiner chirurgischen Praxis in der Frankfurter Innenstadt tätig. Seine Doktorarbeit über unnötige Blinddarmoperationen erregte Aufsehen. Er ist u.a. Herausgeber der Taschenbuchreihe „medizinHuman“ im Suhrkamp Verlag, die er 2006 mit dem Bestseller „Körper, Seele, Mensch“ eröffnete.

schwarz-grüne Stadtregierung hatten jahrelang um diese Gesetzesänderung gekämpft, sich zeitweise sogar am Rande der Legalität bewegt.

Das alles ist heute eine Selbstverständlichkeit, als wäre es noch nie anders gewesen. Heute geht der Streit um die sogenannten weichen Drogen.

Die weiche Droge Nummer eins ist frei verkäuflich und wird überall und selbstverständlich genossen. Diese Droge ist nicht geächtet, auch wenn sie abhängig machen, soziales Leben zerstören

und Menschen in den Ruin treiben kann. Das ist der Alkohol. An dieser Droge ist nichts „weich“: Die Zahl zerstörter Existenzen durch die Alkoholkrankheit ist um ein Vielfaches höher als die der Drogenabhängigen.

Auch die Droge Nummer zwei ist frei verkäuflich, obwohl sie abhängig macht und Krebs verursacht. Allerdings wird sie mehr und mehr geächtet, und ihr Konsum ist in deutlichem Rückgang begriffen. Ihre Konsumenten müssen inzwischen überall mit Gegenwind rechnen. Das sind die Zigaretten.

Gestritten wird hauptsächlich um die Droge Nummer drei, das Haschisch, das Cannabis, genauer: das Tetrahydrocannabinol. Diese Droge ist hilfreich für kranke Menschen, weil sie schmerzlindernd und krampflösend wirkt. Ansonsten ist sie unter Jugendlichen und bei Partygängern – schon seit meiner Jugend – weit verbreitet, obwohl Besitz und Handel strafrechtlich verfolgt werden. Das hat allerdings noch keinen Kiffer davon abgehalten, sich den Stoff zu besorgen.

Der erste Schritt einer vernünftigen Drogenpolitik wäre also die Abgabe an kranke Menschen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der zweite Schritt wäre die völlige Freigabe, nicht um noch mehr Kiffer zu produzieren, sondern um das Dealen auszutrocknen, denn auf dem Schwarzmarkt ist alles gestreckt und mit unbekanntem Substanzen versetzt, die allesamt gefährlicher sind als das eigentliche Cannabis.

Im Hessischen Landtag hat in dieser Woche die FDP eine schrittweise Legalisierung von Cannabis gefordert und beantragt. Abgelehnt hat das, sogar auch die Abgabe an Schwerstkranken, die schwarz-grüne Landesregierung!

So feige, so verkommen, so angepasst wird man also, wenn man an der Macht ist – und bleiben will.